

14.24

Bundesminister für Finanzen Dr. Johann Georg Schelling: Herr Präsident!

Geschätzte Bundesrätinnen und Bundesräte! Meine Damen und Herren! Ja, wir versuchen jetzt, unter ein Kapitel, das dramatische Auswirkungen hat – und zwar weit über Kärnten hinaus, auch auf die Republik, auf den Finanzstandort Österreich, auf die Europäische Union –, einen Schlusstrich zu ziehen.

Nun, Sie kennen alle ein berühmtes Schweizer Zuckerl, und die stellen immer die Frage: Wer hat's erfunden? – Also ich war es nicht. Ich habe jetzt das „Zuckerl“, und ich versuche, eine Möglichkeit zu finden, damit wir uns an diesem Brocken nicht verschlucken. Und daher hat der Bund viele Maßnahmen gesetzt, um hier unterstützend zur Seite zu stehen, soweit es uns im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten überhaupt möglich ist.

Ich war letzten Freitag in Kärnten und habe die Gleichfeier der größten Hochbaustelle Kärntens miterlebt: Dort wird das Finanzzentrum gebaut. Für 400 Mitarbeiter bündeln wir an einem Standort das Finanzzentrum. Das soll ein Symbol dafür sein, dass wir auch durch Investitionen, die gesetzt werden, versuchen, die wirtschaftliche Kraft Kärntens wieder nach vorne zu bringen, und Kärnten wird das dringend brauchen.

Und ich sage Ihnen allen: Quer über alle Parteien, die an dieser Gleichfeier teilgenommen haben, war niemand, der nicht gesagt hat: Gott sei Dank kommen wir zu einem Ende! – Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt.

Jetzt möchte ich schon auf ein paar Dinge eingehen, die hier verbreitet wurden. Und eines habe ich gelernt: Man soll keine Milchmädchenrechnungen anstellen. Das ist eine Beleidigung für die Milchmädchen. Daher sollte man ein paar Zahlen, Daten und Fakten klarstellen.

Erstens: Wenn Sie das schon historisch betrachten, Herr Bundesrat Pisec, dann hätten Sie vielleicht darauf hinweisen können, dass die Katastrophe zwischen 2004 und 2007 dramatisch verschärft wurde, denn als es eine Rechtsgrundlage gab, die besagte, dass die Länder aufgrund beihilferechtlicher Überlegungen der Europäischen Union keine Haftungen mehr übernehmen dürfen, man aber großzügigerweise gesagt hat: Um die Landesbanken nicht sofort vom Kapitalmarkt abzuschneiden, gibt es eine Übergangsregelung bis 2007!, haben sich alle daran gehalten, aber in Kärnten sind in diesem Zeitraum 9 Milliarden € an Haftungen übernommen worden. Hätte man nur

vernünftig gehandelt und gesagt: Ja, Beihilfe geht nicht mehr!, dann hätten wir uns einen großen Brocken dessen, was jetzt noch vorhanden ist, nicht angetan.

Der zweite Punkt: Herr Bundesrat Pisec, da Sie so auf Deutschland vertrauen, kann ich Ihnen sagen: Deutschland ist stolz darauf, dass wir, Österreich, das erste Land sind, das in einem Bail-in-Verfahren eine Bank abwickelt. Die werden das tun müssen.

Und weil Sie die Westdeutsche Landesbank angesprochen haben: Zählen Sie bitte die anderen zehn Banken auf, die in Deutschland mit Steuergeld gerettet wurden! Reden wir einmal von der Hypo Real Estate! Deren Schaden ist ein Vielfaches davon, die ist ausschließlich durch Steuergeld aufgefangen worden. Man hat sie nicht in Konkurs geschickt, man wickelt sie ordnungsgemäß ab. Ich sage Ihnen, auch das wird den Steuerzahler bedauerlicherweise noch Geld kosten. Das wissen die ganz genau. Daher ist es schon wichtig, zu sagen: Wir haben Gott sei Dank nur mit **einer** Bank ein solch riesiges Problem gehabt, Deutschland mit vielen. Die Deutschen wissen ganz genau, wie das passiert ist, und auch sie wissen, dass es notwendig ist, eine solche Regel nun auch umzusetzen.

Wenn Sie sagen, ein Konkurs von Kärnten wäre anzustreben gewesen: Selbstverständlich war das eine Option. Aber die Auswirkungen möchte ich mir nicht ausmalen, nämlich nicht nur die Auswirkungen auf Kärnten und dass wir über Jahrzehnte hinweg Kärnten in diesem Verfahren drinnen gehabt hätten und es sich nie mehr erholen hätte können, sondern auch die Auswirkungen auf die Finanzkraft der anderen Bundesländer, auf die Refinanzierung der anderen Bundesländer, die Auswirkungen auf den Kapitalmarkt mit Kollateralschäden ungeahnten Ausmaßes. Es war sicher richtig, zu sagen, man überprüft diese Option, aber man zieht sie am Schluss nicht.

Ich kann Ihnen sagen, als ich mit der Europäischen Kommission in die Gespräche eingetreten bin, haben die gesagt, das Dramatischste, das passieren könnte, ist, dass ein Bundesteil, sprich ein Bundesland, in Konkurs geht. Daher versucht man jetzt, eine Lösung zu finden, die das übersetzen kann, was da passiert.

Ein Punkt, der schon von großer Bedeutung ist, ist nämlich auch die Frage: Wie geht das überhaupt? Ich darf darauf hinweisen, dass es der Bund war, der seine ganze Kraft unter meiner Führung dazu eingesetzt hat, um mit den Bayern einen Vergleich zustande zu bringen, dass es der Bund war, der Tag und Nacht alle Kraft eingesetzt hat, um dieses berühmte, schon zitierte Memorandum of Understanding zustande zu bringen, damit die Gläubiger zustimmen und wir Kärnten von den Haftungen und Klagen befreien.

Frau Bundesrätin Reiter! Wissen Sie, wie groß das kumulierte Gesamtvolumen der drohenden Klagen war? – 16 Milliarden €, zwischen den verschiedenen Institutionen. Und wenn Sie die Gerichtsgebühren, Anwaltskosten und Gutachterkosten berücksichtigen, hätte jeder Fall den Schaden deutlich erhöht.

Und zum Zweiten – weil Sie sagen: Klagen wir doch eine Runde! –: Ja, gerne, das haben wir auch gemacht. Wir haben aber verloren. Wir haben das Verfahren in München verloren. Wir waren von einem Verfahren in Frankfurt bedroht, das beinahe noch die HETA in Konkurs geschickt und damit Kärnten in schwere Probleme gestürzt hätte. Wir haben diese Verfahren nicht gewonnen. Irgendwann muss der Zeitpunkt da sein, zu dem man sagt: Schauen wir uns die Dinge realistisch an, und wenn wir keine Chance haben, zu gewinnen, schauen wir, dass wir das zu einem Ende führen, das verträglich ist!

Nun noch zu den detaillierten Zahlen: Die Abwicklung wird folgendermaßen funktionieren – Herr Bundesrat Pisek, wir machen ein Bail-in und kein Bail-out –: Wir machen einen Schnitt mit 75 Prozent auf 100. Das bedeutet – lassen Sie es mich erklären, Sie verstehen es dann vielleicht auch; ich weiß, es ist schwierig zu verstehen, wenn man sich nur einseitig mit der Materie beschäftigt –, zuerst machen wir ein Bail-in. Das heißt: Wer um 100 eine Anleihe hat, bekommt 75.

Zu Ihnen, Frau Bundesrätin Reiter: Natürlich ist die Zahl nicht richtig. Die Gutachten, die wir von der Recovery der HETA haben, sind 60. Die FMA hat aufgrund einer anderen Zahlenbasis 46 festgestellt, allerdings waren da noch andere Netzwerke drinnen, wie das SEE-Netzwerk. Und die FMA musste auf der Zahlenbasis zu Beginn des Moratoriums rechnen, nicht zum Ende des Moratoriums.

Ich kann Ihnen sagen, dass die Abwicklung der HETA planmäßig läuft und die Recovery in dem Umfang erreicht wird, wie ich es gesagt habe. Damit ist sichergestellt, dass diese 75 ... (*Zwischenruf des Bundesrates Pisek.*) Da kommt noch etwas dazu, Herr Bundesrat Pisek, was Sie vielleicht noch übersehen, nämlich dass mit dem Moratorium auch der komplette Zinsenschnitt erfolgt ist. Das hätte nämlich noch einmal eine Stange Geld gekostet, weil durch das Aussetzen der Rückzahlungen hohe Verzugszinsen zum Ansatz gekommen wären. Die wurden mitgeschnitten. (*Zwischenruf des Bundesrates Pisek.*) – Lassen Sie mich das ausführen. Sie können sich dann gerne hier noch einmal zu Wort melden, sofern Sie dann Ihre Meinung insofern ändern, als Sie sagen, Sie haben das Zahlengerüst jetzt auch verinnerlicht.

Diese 75 sind das Ende, und dann haben die Gläubiger die Möglichkeit, wenn sie es wollen – und niemand ist dazu verpflichtet, es zu tun –, diesen Zerobond mit

13,5 Jahren zu kaufen. Und jeder Gläubiger, der sagt, ich habe eine bessere Veranlagungsmöglichkeit, ich will das nicht, ist mit diesen 75 beendet. Das ist die Grundkonstruktion dieser Abwicklung. Daher ist es falsch, zu berechnen, was die Differenz zur FMA und HETA ist, und es ist falsch, den Zerobond zu berechnen.

Zweiter Punkt: Der Bund übernimmt null Haftung für Kärnten. Null! Der Bund übernimmt lediglich die Finanzierung. Und dieses Gesetz brauchen wir, um sicherzustellen, dass, wenn 100 Prozent der Gläubiger das Angebot annehmen, wir Kärnten ausreichend Liquidität zur Verfügung stellen können. Und diese Liquidität der 75 wird zurückgeführt durch die Recovery der HETA und die 1,2 Milliarden von Kärnten.

Wir brauchen daher eine Ermächtigung, um dieses Geld zur Verfügung stellen zu können, damit der Kärntner KAF abwickeln kann, denn das Angebot kann nur von Kärnten gestellt werden. Und Kärnten kann das Angebot nur stellen, wenn der Bund sagt, ich gebe euch die Liquidität dafür. Nicht mehr und nicht weniger steckt hinter diesem Gesetz.

Natürlich werden alle darum bemüht sein, alle Chancen zu nutzen, um den Schaden so gering wie möglich zu halten. Auch Kärnten wird das tun.

Wir haben mit Kärnten auch vereinbart, dass es diese 1,2 Milliarden auf einer sehr langfristigen Struktur rückfinanzieren kann, weil wir die Zukunftsfähigkeit für das Land erhalten wollen. Dass das trotzdem über längere Zeit belastet, ist ja klar. Wenn man eine 30-jährige Laufzeit für einen Kredit macht, muss man halt 30 Jahre zurückzahlen. Nur: Bei der jetzigen Zinssituation ist es sogar noch eine Riesenchance, die wir verwirklichen wollen. Der Zerobond kann gezogen werden, muss aber nicht gezogen werden.

Daher ist es so, dass wir zuerst einmal danach zu trachten haben, dass über jene Gläubiger, die dem Memorandum of Understanding beigetreten sind, weitere Gläubiger das akzeptieren. Das werden die österreichischen Gläubiger sein. Ich bitte auch noch einmal, kurz darüber zu diskutieren, was denn Spekulanten auf dieser Welt sind. Ich würde jetzt zum Beispiel die Vienna Insurance Group oder andere nicht als Spekulanten bezeichnen. Ich würde auch die Weltbank nicht als Spekulant bezeichnen. Sie alle haben übrigens Anleihen der Kärntner Hypo.

Daher sollten wir, glaube ich, vorsichtig sein, wenn wir sagen, das waren irgendwelche Haie. Da sind Veranlagungen auf Basis einer Denkstruktur gemacht worden, nämlich: Ein Land kann nicht pleitegehen, sie werden immer zurückzahlen. – Ich habe den Gläubigern in meinen Verhandlungen immer gesagt, ich hätte schon irgendwie

erwartet, dass irgendjemand einmal einen Blick auf das Kärntner Budget wirft und sagt: Wie kann man mit einem Budget von 2 Milliarden – das hatten wir damals, jetzt haben wir 2,4 Milliarden – für 25 Milliarden haften?

Ich kann sie auch nicht herausnehmen aus der Geschichte, und deshalb haben wir mit den Gläubigern diese Vereinbarung zustande gebracht. Ich glaube, dass das ein guter und richtiger Weg ist.

Der Bund benötigt nun dieses Ermächtigungsgesetz, damit, wenn 100 Prozent kommen, wir auch im Rahmen dessen, was die Bundshaftungsobergrenzen sind und was die Finanzmarktstabilität ist, die Mittel zur Verfügung stellen können.

Die Vorgangsweise wird so sein, dass der Kärntner Landtag die notwendigen Beschlüsse fasst. Ich gehe davon aus, dass das erfolgt. Dann wird Kärnten ein Angebot an die Gläubiger legen, das genau diesen Inhalt hat, den wir vereinbart haben, und das den Vorteil hat, dass kein Gläubiger danach mehr mit uns weiterverhandeln kann. Die Gläubiger haben zugesagt, wenn dieses Angebot mit 75 gelegt wird, dann stimmen sie zu. Das ist wichtig, weil sie ja sonst ständig in einer Basar-Mentalität sagen, na vielleicht könnten noch 76 herauskommen oder irgendetwas. Nein, wir haben mit ihnen vereinbart, wenn das kommt, wird das akzeptiert.

Daher wird das Angebot vermutlich Anfang September kommen, es wird eine Laufzeit von zirka sechs Wochen haben. In dieser Zeit können alle Gläubiger dieses Angebot annehmen, und anschließend erfolgt die Abwicklung, sodass wir bis Jahresende hoffentlich viele, aber zumindest die meisten der Gläubiger aus dem Geschehen herausnehmen können.

Das wird das sein, was Kärnten wieder die notwendige Luft verschafft. Und ich schließe auch nicht aus, dass es Gläubiger geben wird, die das tun, was Sie vorschlagen, nämlich prozessieren. Auch das wird es noch geben. Dann wird man am Schluss des Tages sehen, ob das richtig oder nicht richtig ist.

International betrachtet sind zwischenzeitlich die Kapitalmärkte sozusagen wieder beruhigt. Das heißt, die österreichischen Bundesländer können zum Beispiel wieder mit Deutschland finanzieren – denn viele der deutschen Banken haben gesagt, solange das mit Kärnten nicht gelöst ist, streichen wir die Kreditlinien.

Es kann nicht sein, dass wir anderen Bundesländern auch noch Schaden zufügen. Daher halte ich den Weg, den wir jetzt beschritten haben, mit dem Moratorium, mit der jetzigen Abwicklung, für richtig. Ich hoffe, dass der Weg gelingt. Und wenn der Weg

gelingt, dann haben wir nicht nur einen Riesenschaden beseitigt, sondern wir haben auch die Emotionalität dieses Themas aus der Tagesordnung herausgeholt.

Ich gebe Ihnen, Frau Bundesrätin, vollkommen recht: Wir sollten uns auf Zukunftsinvestitionen konzentrieren und nicht immer nur auf die Bewältigung der Vergangenheit. Der Rucksack, den der Bund da mit Kärnten mitnimmt, ist ein großer. Das Risiko, das eingegangen wird, ist überschaubar. Ich sehe keinen anderen Weg, bis auf den derjenigen, die sagen: Machen wir den totalen Crash, lassen wir Kärnten in Konkurs gehen! – Ich stehe dafür nicht zur Verfügung, denn ein Bundesland würde einen Schaden mit einem Multiplikator auf alle anderen Bundesländer auslösen. Der Schaden wäre gigantisch, und wir würden uns möglicherweise mehrere Jahre oder Jahrzehnte von diesem Schock nicht mehr erholen.

Daher haben wir diese Lösung vorgeschlagen. Wir haben lange darüber nachgedacht. Wir haben alle Alternativen geprüft. Und ich meine ganz offen, was die Abwicklung der Vergangenheit anlangt, bei allem Respekt vor den Tausenden Stunden, die, wie ich gelesen habe, im Untersuchungsausschuss in Kärnten und jetzt auch auf Bundesebene und vom Rechnungshofausschuss investiert worden sind: Sonderlich neue Erkenntnisse hat das nicht gebracht, die zu einer besseren Lösung geführt hätten als jener, die wir jetzt vorschlagen!

Daher ersuche ich Sie hier auch um Zustimmung, damit wir gemeinsam mit Kärnten dieses Problem lösen. Es wird uns noch lange genug beschäftigen. Auch wenn das Problem sozusagen ein Ende hat, ist das Abarbeiten des Problems noch über Jahrzehnte notwendig. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ sowie des Bundesrates Zelina.)*

14.38